



Disclaimer: unless otherwise agreed by the Council of UPOV, only documents that have been adopted by the Council of UPOV and that have not been superseded can represent UPOV policies or guidance.

This document has been scanned from a paper copy and may have some discrepancies from the original document.

Avertissement: sauf si le Conseil de l'UPOV en décide autrement, seuls les documents adoptés par le Conseil de l'UPOV n'ayant pas été remplacés peuvent représenter les principes ou les orientations de l'UPOV.

Ce document a été numérisé à partir d'une copie papier et peut contenir des différences avec le document original.

Allgemeiner Haftungsausschluß: Sofern nicht anders vom Rat der UPOV vereinbart, geben nur Dokumente, die vom Rat der UPOV angenommen und nicht ersetzt wurden, Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder.

Dieses Dokument wurde von einer Papierkopie gescannt und könnte Abweichungen vom Originaldokument aufweisen.

Descargo de responsabilidad: salvo que el Consejo de la UPOV decida de otro modo, solo se considerarán documentos de políticas u orientaciones de la UPOV los que hayan sido aprobados por el Consejo de la UPOV y no hayan sido reemplazados.

Este documento ha sido escaneado a partir de una copia en papel y puede que existan divergencias en relación con el documento original.

UPOV

RC/ad hoc/ 9

ORIGINAL: englisch

DATUM: 11. September 1978

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN

GENEVE

**AD HOC AUSSCHUSS FÜR DIE
REVISION DES ÜBEREINKOMMENS****Genf, 11. bis 15. September 1978****VORSCHLAG FÜR ARTIKEL 13 DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS**vom State Department der Vereinigten Staaten vorgelegt

1. Der Direktor des Office of Business Practices des State Department der Vereinigten Staaten von Amerika hat in einem am 11. September 1978 eingegangenen Telegramm einen Vorschlag zu Artikel 13 des UPOV-Übereinkommens mit Anmerkungen übermittelt. Dieser Vorschlag mit Anmerkungen ist in der Anlage beigelegt.

2. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Bemerkungen der Vereinigten Staaten von Amerika zu anderen Artikeln des UPOV-Übereinkommens in Dokument RC/ad hoc/5 wiedergegeben sind.

[Anlage folgt]

ANLAGE

VORSCHLÄGE MIT BEMERKUNGEN DES STATE DEPARTMENT DER REGIERUNG
DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA ZU ARTIKEL 13 DER
REVIDIERTEN AKTE DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS ZUM SCHUTZ
VON PFLANZENZÜCHTUNGEN VOM 2. DEZEMBER 1961

[TELEGRAMM VOM SEPTEMBER 1978 DES DIREKTORS DES OFFICE
OF BUSINESS PRACTICES, HERRN HARVEY WINTER, AN DEN
GENERALSEKRETÄR DER UPOV, DR. ARPAD BOGSCH]

VORSCHLAG DER VEREINIGTEN STAATEN

ARTIKEL 13

SORTENBEZEICHNUNGEN

- (1) Eine Sorte ist mit einer Sortenbezeichnung zu kennzeichnen.
- (2) Diese Sortenbezeichnung muss die Identifizierung der Sorte ermöglichen. Sie darf hinsichtlich der Merkmale, des Werts oder der Identität der Sorte nicht irreführen oder Verwechslungen hervorrufen. Sie muss sich insbesondere in einer Weise, die Verwechslungen innerhalb der Allgemeinheit vermeidet, von jeder Sortenbezeichnung unterscheiden, die in einem der Verbandsstaaten eine bereits vorhandene Sorte kennzeichnet.
- (3) Die Sortenbezeichnung wird von dem Züchter bei der in Artikel 30 vorgesehenen Behörde eingereicht. Stellt sich heraus, dass diese Sortenbezeichnung den Erfordernissen des vorstehenden Absatzes nicht entspricht, so verweigert die Behörde die Eintragung und fordert den Züchter auf, innerhalb einer vorgeschriebenen Frist eine andere Sortenbezeichnung vorzuschlagen. Die Sortenbezeichnung wird gleichzeitig mit der Erteilung des Sortenschutzrechts gemäss Artikel 7 eingetragen.
- (4) a) Reicht ein Züchter in einem Verbandsstaat für eine Sorte eine Bezeichnung ein, für die er ein Recht genießt, das die freie Benutzung der Sortenbezeichnung behindern könnte, so kann er von der Eintragung der Sortenbezeichnung an sein Recht in diesem Staat nicht mehr geltend machen, um die freie Benutzung der Sortenbezeichnung einzuschränken.

b) Jeder Verbandsstaat hat Vorkehrungen zu treffen, um sicherzustellen, dass ältere Rechte Dritter durch die Eintragung einer Sortenbezeichnung gemäss diesem Artikel nicht beeinträchtigt werden. Steht fest, dass eine solche Eintragung ein älteres Recht beeinträchtigen würde, so hat die zuständige Behörde dem Züchter zu gestatten, für die Sorte eine andere Bezeichnung einzureichen.
- (5) Der Züchter hat dieselbe Sortenbezeichnung zur Eintragung in allen Verbandsstaaten, in denen er um Schutz nachsucht, einzureichen; ist jedoch die zuständige Behörde eines dieser Staaten der Auffassung, dass die Sortenbezeichnung nicht den Voraussetzungen des Absatzes 2 genügt, ungeeignet ist oder ihre Verwendung in dem Staat rechtswidrig wäre, so fordert sie den Züchter auf, für diesen Staat eine andere, für die Eintragung geeignete Sortenbezeichnung einzureichen.
- (6) Den Verbandsstaaten wird empfohlen, Massnahmen zu treffen, die geeignet sind sicherzustellen, dass die zuständigen Behörden der Verbandsstaaten über den Sortenschutz betreffende Angelegenheiten unterrichtet werden.
- (7) Jeder Verbandsstaat bemüht sich sicherzustellen, dass durch Bestimmungen über Verbraucherschutz, unlauteren Wettbewerb, Absatzregelung oder andere Gesetze oder Bestimmungen Personen, die geschütztes oder früher geschütztes generatives oder vegetatives Vermehrungsmaterial in einem Verbandsstaat feilhalten oder gewerbsmässig vertreiben, verpflichtet werden, die eingetragene Bezeichnung der Sorte zu verwenden, soweit ältere Rechte Dritter einer solchen Verwendung nicht entgegenstehen.

(8) Bei dem Vertrieb der Sorte darf eine Fabrik- oder Handelsmarke oder eine Handelsbezeichnung oder eine andere schutzrechtliche Angabe der eingetragenen Sortenbezeichnung hinzugefügt werden.

ERÖRTERUNG DES VORSCHLAGS DER VEREINIGTEN STAATEN
ZUR REVISION DES ARTIKELS 13

Zu Absatz 1

Dieser Absatz gibt die gut eingeführte Praxis in unserem Land bezüglich der Verwendung von Sortenbezeichnungen beim Feilhalten von Pflanzenmaterial wieder. Weiterhin wird die Benennung von Saatgut, das in den Handel gebracht wird, unter verschiedenen Bundes- und Staatsgesetzen verlangt.

Zu Absatz 2

Wie der Vorschlag vom Generalsekretär behindert dieser Absatz nicht ausdrücklich nur aus Zahlen (Ziffern) bestehende ["numerische"] Sortenbezeichnungen. Diese Bezeichnungen werden als beim Verbraucher irreführend oder Verwechslungen hervorruhend angesehen. Unser Saatguthandel, der sie gelegentlich verwendet, ist genau der gegenteiligen Auffassung. Er weist darauf hin, dass die Verbraucher lange Jahre zu ihrer vollen Zufriedenheit so bezeichnete Sorten gekauft haben. Eine "numerische" Sortenbezeichnung kann, wie der Saatguthandel durch Erfahrung herausgefunden hat, weit sinnvoller für den Verbraucher sein als ein Name in einer fremden Sprache oder seine Übersetzung, eine Reihe von Buchstaben oder ein fremdklingender erfundener oder willkürlicher Name, die alle nach Absatz 2 erlaubt sind.

Sogar ohne dieses Verbot beschneidet dieser Absatz einem Verbandsstaat nicht das Recht, diese Sortenbezeichnungen in Einzelfällen oder regelmässig als irreführend oder verwechslungsfähig abzulehnen. Jeder Verbandsstaat sollte jedoch das Recht haben, diese Entscheidung für sich selbst zu treffen. Die Streichung dieses Verbots würde weiterhin die eng zugeschnittene Ausnahme des Artikels 36A überflüssig machen.

Man muss sich darüber klar sein, dass die Entscheidungen nach diesem Absatz nicht ganz objektiv und vollständig sein können. Unsere Beamten, die Pflanzenpatente prüfen, haben keine besondere Erfahrung in den Beurteilungen, die dieser Absatz verlangt, und werden einige Zeit benötigen, bis sie sie erlangt haben. Selbst Sachverständige werden indes in gewissem Sinne subjektive Entscheidungen treffen. Bisweilen wird unsere Entscheidung über die Eintragung einer bestimmten Bezeichnung von einer Entscheidung über die gleiche Sortenbezeichnung, die von einer anderen Prüfungsstelle getroffen wurde, abweichen.

Unser Absatz erlaubt, wie die anderen Vorschläge, eine Eintragung nur, wenn die Sortenbezeichnung ausreichend unterscheidbar von bereits in Verbandsstaaten registrierten Sortenbezeichnungen ist. Selbstverständlich wird das Patent- und Warenzeichenamt bei seinen Entscheidungen so systematisch und sorgfältig wie möglich vorgehen. Dieses Amt beabsichtigt, eine ziemlich vollständige Sammlung von Pflanzenregistern, taxonomischen Texten und ähnlichem Prüfstoff aufzustellen, auf das bei der Anwendung des Absatzes zurückgegriffen werden kann. Aber keine Prüfungsbehörde kann gewährleisten, dass ihren Bediensteten alle einschlägigen Informationen zur Verfügung stehen. Das Landwirtschaftsdepartment kann um Hilfe gebeten werden, aber dessen Erfahrungen und Grundlagenmaterial kann ebenfalls nicht ganz vollständig sein.

Unser Vorschlag folgt dem Vorschlag des Generalsekretärs, indem er positiv vorschreibt, dass eine Sortenbezeichnung nicht eingetragen werden kann, wenn sie irreführen oder Verwechslungen hervorrufen kann. Dies ist in der Anwendung objektiver als ein Erfordernis, dass die Sortenbezeichnung nicht geeignet sein darf, irrezuführen oder Verwechslungen hervorzurufen.

In unserem Vorschlag gibt es keine Bezugnahme auf die Identität des Züchters wie in den anderen Vorschlägen. Deren Einschluss erfordert von den Prüfungsbehörden Entscheidungen über Warenzeichenrechte, wozu unsere beiden Prüfungsbehörden sich nicht befähigt fühlen. Viele Warenzeichen in unserem Land sind weder bundesweit noch örtlich eingetragen. Es würde uns unmöglich sein zu entscheiden, ob eine einzelne Sortenbezeichnung einem solchen Warenzeichen ähnlich ist. Noch halten wir es für notwendig oder klug, dass eine unserer Behörden diese warenzeichenähnlichen Entscheidungen trifft. Dies ist eine Angelegenheit, die den Gesetzen für Warenzeichen oder unlauteren Wettbewerb überlassen werden kann.

Die Worte "nahe verwandte botanische Art" und "nahe verwandte Art" sind uns nicht klar verständlich. Wir sind der Meinung, dass sich jeder Verbandsstaat für sich selbst seine Meinung bilden muss und unterschiedliche Auffassungen unvermeidbar sind. Daher haben wir eine andere Formulierung gewählt. Sie betont das Ziel des Artikels, Sorten für den Verbraucher und nicht für den Botaniker oder Regierungsbeamten zu identifizieren.

Zu Absatz 3

Das Patent- und Warenzeichenamt beabsichtigt, Sortenbezeichnungen zu registrieren, indem es sie bei der Erteilung von Patenten und in den wöchentlichen Ausgaben des Amtsblattes angibt. Das Sortenschutzamt wird eine neue Sortenbezeichnung bei der Erteilung von Sortenschutzsertifikaten angeben und periodische Listen neuer Sortenbezeichnungen aufstellen.

Wir finden in keinem der Vorschläge Bestimmungen, die den Wechsel einer Sortenbezeichnung vor der Vermarktung der Sorte verhindern. Auch haben wir kein solches Verbot in unseren Vorschlag aufgenommen. Offensichtlich muss der Wechsel vor der Vermarktung zulässig sein. Anders kann dem Absatz 7 jedes der Vorschläge nicht entsprochen werden. Absatz 5 dieser Vorschläge, der vorschreibt, dass neue Sortenbezeichnungen in jedem der Verbandsstaaten, in dem um Schutz nachgesucht wird, eingetragen werden, muss ebenfalls entsprochen werden.

Keiner der Vorschläge, einschliesslich unseres eigenen, behandelt die Möglichkeit, dass eine Sortenbezeichnung, die vor der Erteilung des Schutzrechts oder sogar vor der Schutzrechtsanmeldung im Handel ist, bei der zu prüfenden Behörde als unregistrierbar eingestuft wird. Die prüfende Behörde müsste in diesem Falle eine andere Sortenbezeichnung anfordern, und die Sorte würde unter zwei Namen bekannt sein. Wir sehen nicht, wie diese Situation gelöst werden kann.

Zu Absatz 4

Dieser Absatz enthält den Grundsatz unserer und anderer Gesetze, dass eine Sortenbezeichnung vom Züchter nicht als Warenzeichen zur Identifizierung der Herkunft der Sorte verwendet werden kann. Es ist aber unbillig dem Züchter gegenüber, diesem Prinzip extraterritoriale Wirkung zu verleihen. Dies beeinträchtigt die Freiheit des Züchters, die wirkungsvollste Form des Schutzes in jedem Staat auszuwählen, sei es durch Warenzeichen (die dem Verbraucher die Herkunft der Sorte angeben), sei es durch Sortenschutzrechte. Unser Vorschlag verwendet daher die Alternative 2 des Verwaltungs- und Rechtsausschusses für diesen Absatz.

Unser Absatz 4 Buchstabe b verlangt von jedem Verbandsstaat, Eigentumsrechte Dritter an einer vom Züchter eingetragenen Sortenbezeichnung zu schützen. Er gibt nicht an, wie dieser Schutz durchgeführt werden soll. Seine Unverbindlichkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass die Einzelheiten oder Bedingungen des Schutzes von Eigentumsrechten Dritter ihrem Wesen nach nicht für ein Züchterrechtsgesetz geeignet sein dürften.

In unserem Land würde ein Warenzeicheninhaber sein Zeichen schützen, in dem er dem Züchter verbieten würde, es als eine Sortenbezeichnung zu verwenden. Dies könnte ein rein gerichtliches Verfahren sein, das, wie zur Zeit üblich, das Patent- und Warenzeichenamt nicht miteinbeziehen würde. Der Züchter würde die Möglichkeit haben, eine Bezeichnung einzureichen, wenn er sich entschliesst, die Ausübung seines Züchterrechts fortzusetzen. Unser Vorschlag verlangt jedoch keine gerichtliche Entscheidung jedes Konfliktes zwischen einem Warenzeichen und einer Sortenbezeichnung. Eine Prüfungsbehörde könnte ein Verwaltungsverfahren hierfür vorsehen.

Absatz 4 der Fassung des Rates beinhaltet den Wortlaut "die im Sinne des Markenrechts..." Diese Worte lassen eine sehr weit variierende Auslegung zu und wir legen daher nahe, dass sie vermieden werden.

Auf der Diplomatischen Konferenz könnte sich herausstellen, dass die Bestimmungen eine weitverbreitete Annahme des Übereinkommens von neuen Verbandsstaaten behindern. Falls dies der Fall sein sollte, würden wir mit Begeisterung einen Artikel befürworten, der Warenzeichen nicht erwähnt.

Zu Absatz 5

Dieser Absatz verlangt vom Züchter, dieselbe Sortenbezeichnung für seine geschützte Sorte in allen Verbandsstaaten zu verwenden. Züchterorganisationen haben uns ihren Wunsch nach einer einheitlichen Benennung in den verschiedenen Staaten dargelegt. Daher glauben wir ihre Unterstützung zu haben, wenn wir Bestimmungen einführen (oder falls erforderlich Gesetze), die diesem Absatz Wirkung verleihen.

Unser Absatz benutzt sehr viel von der Ausdrucksweise des Generalsekretärs. Er geht daher davon aus, dass eine Sortenbezeichnung in einem Verbandsstaat aus anderen Gründen als wegen mangelnder Eignung nicht eintragbar sein kann. Wir haben jedoch diese letzten Worte geändert, um die Schlussfolgerung zu vermeiden, dass mit den genannten Anforderungen nur die des Absatzes 2 gemeint sind.

Wie der Vorschlag des Generalsekretärs ermächtigt unser Vorschlag einen Verbandsstaat, der die Eintragung einer bestimmten Bezeichnung verweigert, nicht, die Eintragung seiner Übersetzung zu verlangen. Wenn die Bezeichnung ungeeignet ist, sollte der Züchter eine neue Bezeichnung auswählen dürfen, die seinen Anforderungen am besten genügt. Dies mag oder mag nicht eine genaue Übersetzung sein.

Zu Absatz 6

Die Anwendung dieses Absatzes sollte es den Verbandsstaaten erleichtern, die nach dem letzten Satz des Absatzes 2 erforderlichen Entscheidungen zu treffen. Wir würden die Entwicklung eines Systems für den Austausch von Sortenbezeichnungen fördern und daran mitarbeiten. Unser Vorschlag geht jedoch davon aus, dass solch ein System noch nicht in Kraft ist.

Wir haben keine besonderen Einwände dagegen, den Staaten der Pariser Übereinkunft Informationen über eingetragene Sortenbezeichnungen zukommen zu lassen, wie in der Fassung des Rates vorgesehen. Dies könnte auch nach unserem Vorschlag geschehen.

Zu Absatz 7

Die Feststellung oder Identifizierung von patentierten Produkten (einschliesslich Pflanzen) ist eigentlich Aufgabe der Gesetze für unlauteren Wettbewerb, Marktregelung oder sonstigem Verbraucherschutz. Wenigstens das Patent- und Warenzeichenamt in unserem Staat ist hierfür keine Eingriffsbehörde. Es kann keine straf- oder zivilrechtlichen Sanktionen auferlegen oder ein Patent für unwirksam erklären, um die Verwendung von Sortenbezeichnungen durchzusetzen. Die Macht der Patentgesetze, eine solche Verwendung durch Dritte oder durch Patentinhabern nach dem Auslaufen des Patentes zu erzwingen, ist sogar noch fragwürdiger.

Die Ungeeignetheit der Patentgesetze zur Erzwingung der Verwendung der Sortenbezeichnung ist jedoch kein Grund zur Besorgnis. Sorten sind immer in unserem Lande unter Sortenbezeichnungen verkauft worden. Verbraucher sind nicht daran interessiert, nicht identifizierte Pflanzen zu kaufen, und Züchter entsprechen dem durch die Verwendung von Sortenbezeichnungen. Weitere gesetzgeberische Massnahmen wären daher in unserem Land nicht erforderlich. Dies erscheint uns als eine Verbesserung gegenüber den anderen Vorschlägen, die etwas vorschreiben, was die Praxis bereits macht.

Zu Absatz 8

Unser Vorschlag beinhaltet nichts, was Absatz 9 in Dokument DC/3 oder Absatz 8 in Dokument DC/4 entspricht. Wie der Generalsekretär in Verbindung mit seinem Vorschlag darlegt, wird der Inhalt des Buchstaben a in diesen zwei Vorschlägen entweder von Absatz 2 behandelt oder fällt aus dem Rahmen des Übereinkommens.

Absatz b in diesen Vorschlägen stellt sicher, dass die Verwendung einer Sortenbezeichnung den Erwerb von Warenzeichenrechten an diesem Namen ausschliesst. In unserem Falle würde es nicht notwendig sein, Warenzeichengesetze zu ändern, um Alternative 2 von Dokument DC/4 anzunehmen. Es ist jedoch nicht erforderlich, dass das Übereinkommen diese markenrechtliche Frage behandelt (sie ist wahrscheinlich selbstverständlich), und es bestünde die Gefahr, dadurch einen Beitritt auf breiter Basis zu beeinträchtigen.

Zu Absatz 9

Dieser Absatz in Dokument DC/4 (Absatz 10 in Dokument DC/3) gibt ein sehr wichtiges Recht des Züchters, ein Warenzeichen mit einer Sortenbezeichnung zu verwenden, wieder. Wir glauben jedoch nicht, dass die Angaben in Klammern zu Beginn des Absatzes 9 (in Dokument DC/4) notwendig sind. Wir wollen vermeiden, dass behördliche Akten durch schutzrechtliche Angaben in Unordnung gebracht werden. Es kann ebensogut in Verordnungen geregelt werden, dass Warenzeichen oder andere schutzrechtliche Angaben nicht in Anmeldungen von Züchterrechten enthalten sein dürfen.

Die vorgeschlagene Hinzufügung am Ende des Absatzes 9 ist bedeutender. Sie empfiehlt oder schreibt vor, die Verwendung von Sortenbezeichnungen und Warenzeichen im Verwaltungsweg oder gesetzlich zu regeln. Dies geht ebenfalls über den Bereich der Patentgesetze hinaus und muss den Verbraucherschutzgesetzen überlassen bleiben.

[Ende der Anlage und des Dokuments]